LZ-Rheinland

Artikel vom 08.11.2023 · Ausgedruckt am 11.11.2026, 15:02 Uhr

Online: https://lz-rheinland-staging.p-k3txh2.project.space/nachricht/amk-beraet-vorschlaege-zu-gap

AMK berät Vorschläge zu GAP



Foto: imago/imagebroker

Nach einer Sonder-AMK im Frühjahr zum Umbau der Tierhaltung wird es nun also eine zweite außerordentliche Zusammenkunft der Ressortchefinnen und -chefs unter Leitung des Kieler Landwirtschaftsministers Werner Schwarz geben. Anlass ist ein Diskussionspapier des Bundeslandwirtschaftsministeriums (BMEL) zur nationalen GAP-Umsetzung. Darin schlägt das Ministerium vor, die Umschichtung von Mitteln aus der Ersten in die Zweite Säule im Jahr 2026 über den vereinbarten Satz von 15 % hinaus anzuheben. Zudem soll das Budget für die Öko-Regelungen von bislang 23 % auf 28 % der nationalen Obergrenze für die Direktzahlungen erhöht werden, um mehr Spielraum für eine höhere Dotierung einzelner Maßnahmen sowie für zusätzliche Maßnahmen zu bekommen. Schließlich schlägt das BMEL zwei neue Öko-Regelungen ab dem nächsten Jahr vor, nämlich „Emissionsarme Ausbringung von Wirtschaftsdünger“ sowie „Zwei Mal Mahd von Wirtschaftsdünger“. Die Sonder-Agrarministerkonferenz wird am 21. November als Videokonferenz stattfinden. Das hat eine Sprecherin des Kieler Landwirtschaftsministeriums mitgeteilt. Schleswig-Holstein hat noch bis Jahresende den Vorsitz in der Agrarministerkonferenz (AMK) inne.

Bayerns Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber will eine Kürzung der EU-Direktzahlungen in der laufenden Förderperiode nicht hinnehmen. Dem Vorschlag des Bundeslandwirtschaftsministeriums, auf nationaler Ebene die Umschichtung von der

ersten in die zweite Säule im Jahr 2026 anzuheben, steht sie weiter ablehnend gegenüber. „Die Landwirte brauchen diese einkommenswirksamen Zahlungen“, betonte Kaniber. Diese Mittel müssten ein zentraler und verlässlicher Bestandteil der Förderung bleiben. Deswegen lehne der Freistaat auch eine zusätzliche Umschichtung von Mitteln aus der ersten in die zweite Säule ab.

Ablehnend steht Kaniber auch dem Vorschlag des Bundes gegenüber, das Budget für die Öko-Regelungen von bislang 23 % auf 28 % der nationalen Obergrenze für die Direktzahlungen zu erhöhen, „Das Budget für die bestehenden Öko-Regelungen muss ausgeschöpft werden“, forderte Kaniber. Aus ihrer Sicht wäre die dauerhafte Erhöhung der Prämien das entscheidende Mittel, um die Akzeptanz bei den Landwirten zu erhöhen. Im Rahmen der Öko-Regelungen nicht genutzte Mittel sollten der Ministerin zufolge in der zweiten Säule Verwendung finden.

AgE/ds